

Aus der politischen Woche

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **16 (1926)**

Heft 3

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Aus der politischen Woche.

Die ungarischen Banknotenfälscher.

In der vergangenen Woche wurde das politische Europa durch eine hochpolitische Banknotenfälschungsaffäre in Aufregung gesetzt. In Holland wurden drei Ungarn verhaftet, die gefälschte französische Tausendernoten in den Verkehr zu bringen suchten. Die Spuren führten nach Budapest zurück. Hier wurde einer der Führer der Legitimisten, d. h. der Partei der Königsmacher, Prinz Ludwig Windischgrätz, zuerst verhört und dann wieder entlassen, dann neuerdings verhaftet und seither in Untersuchung behalten. Es bedurfte des Einschreitens des französischen Gesandten, um die Untersuchung der Angelegenheit durch die ungarischen Gerichtsbehörden so weit reifen zu lassen. Es bedurfte fernerhin eines starken Drucks von Seiten der ungarischen Nachbarstaaten auf die Horthy-Regierung, um diesmal die Schuldigen zu finden, die sonst jeweils unauffindbar sind, wenn es sich um ein Verbrechen der Nationalisten handelt.

Prinz Windischgrätz ist geständig; angesichts der erdrückenden Schuldbeweise gibt er zu, Frankennoten gefälscht zu haben und zwar in der Höhe von 20 Millionen. Die Fälschfakate wurden in der staatlichen kartographischen Anstalt hergestellt mit Hilfe einer aus Deutschland stammenden Druckmaschine. Dutzende von Helfershelfern machten mit; die Liste der Mitschuldigen enthält Namen aus den höchsten Regierungskreisen. Verhaftet und geständig ist der Landespolizeichef Nadosh, der dem Obersten Jankowitsch den Kurierpaß ausfertigt, mit dessen Hilfe die Banknotenpakete über die Grenze gebracht werden konnten. Belastet erscheint auch der frühere Ministerpräsident Graf Teleki, der vom Völkerbund in die Mosulkommission delegiert war. Ja, man sprach von einem monarchistischen Komplott, das durch das falsche Geld hätte finanziert werden sollen und in das der ungarische Thronprätendent Erzherzog Albrecht, ja sogar der bayerische und preussische Kronprinz eingeweiht gewesen seien. Tatsächlich hatte Windischgrätz viele seiner Komplizen unter dem Vorwande, eine nationale Aktion finanzieren zu wollen, gewonnen. Aber allem Anscheine nach war es ihm in der Hauptsache darum zu tun, seinen eigenen mißlichen Finanzen aufzuhelfen, und die patriotischen Fälscher sind nun durch ihn gründlich hineingelegt worden. Denn die offizielle Darstellung verneint kategorisch, daß die Fälscheraffäre einen politischen Hintergrund habe. Der ungarische Ministerpräsident, Graf Bethlen, gibt die formelle Erklärung ab, daß seine Regierung schonungslos gegen die Schuldigen vorgehen werde.

In Paris verfolgt man die Angelegenheit mit wachsamem Augen; denn für Frankreich hätte das Gelingen der „patriotischen“ Aktion des „erwachenden Ungarns“ verhängnisvoll werden können. Eine genügende Zahl falscher Tausendernoten im Umlauf könnten die so mühsam ins Werk gesetzte Finanzsanierung empfindlich stören, und dies könnte von unberechenbaren politischen Folgen sein. Es gibt hier für Beispiele in der Geschichte. Man weiß, daß der Entwertung der Assignaten der Ersten Republik durch Fälschnotenfabriken in England nachgeholfen wurde.

Ein merkwürdiges Zusammentreffen ist es, daß gleichzeitig auch Dinarnotenfälscher ihr Unwesen trieben. Die jugoslawische Polizei konnte in Dalmatien ein Individuum festnehmen, das gefälschte Tausendernoten wechseln wollte. Man weiß noch nicht, ob diese Noten aus der Werkstätte der Notenfälscherbande stammt, die man eben in Bielefeld entdeckt hat. Die ganze Notenfälscher-Affäre dürfte möglicherweise ein internationales Nachspiel erhalten, indem die Regierungen von Prag und Belgrad eine Interpellation vor dem Forum der Völkerbundsversammlung angekündigt haben. Die Budapestter Machthaber haben sich in der Tat schon manches erlaubt, das im übrigen Europa Kopfschütteln

verursacht hat, und wenn man weiß, mit welcher Zähigkeit die ungarischen Nationalisten an der Idee einer Wiederherstellung der alten Grenzen Ungarns festhalten, begreift



Der türkische Außenminister Cevdet Bey.

man die Besorgnis der Kleinen Entente um den mittteleuropäischen Frieden.

Der russisch-türkische Vertrag.

Der türkische Außenminister, Cevdet Bey, hat vor dem Parlament in Angora die feierliche Erklärung abgegeben, daß die Türkei nie und nimmer ihre Ansprüche auf das Wilajet Mosul aufgeben werde, Völkerbundsentscheid hin oder her. Er hat schon während der Verhandlungen in Genf keinen Zweifel darüber gelassen, daß er je und je für diese Ansprüche eintreten werde. Eine nicht zu mißverstehende Kundgebung in dieser Richtung war das Abkommen mit Tschitscherin, das in Paris, noch während der Verhandlungen um Mosul, unterschrieben wurde. Nach dem, was über dieses russisch-türkische Abkommen bekannt geworden ist, handelt es sich nur um einen Neutralitätsvertrag. Aber man darf mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß ein Schutz- und Trutzbündnis gegen die Engländer und den Völkerbund dahinter steckt. Und wenn Tschitscherin nachdrücklich erklärt, Rußland werde dem Völkerbund nicht beitreten, so steckt dahinter vielleicht die Hoffnung, diese Allianz durch eine Gegenallianz zu sprengen. Es besteht ja angesichts der Gegensätze im Osten die Möglichkeit, an den russisch-türkischen Zweibund (vorausgesetzt, daß er existiert) nach und nach alle europafindlichen Völker anzugliedern: die Araber, Berber, Aghanen, Indier, Chinesen etc. und damit eine Kriegsmacht ins Leben zu rufen, die leicht imstande wäre, das entzweite Europa in Schach zu halten und zuletzt aus Asien hinauszuerwerfen. Wenn es nach den beiden östlichen Diplomaten ginge, dürfte der Weltfrieden noch in weiter Ferne sein.

Die zunächst bedrohten Engländer haben sich nach einer Rückendeckung umgesehen. Es verlautet, daß die Franzosen mit ihnen ein Abkommen getroffen haben, wonach ihnen

die syrischen Häfen für die Truppenlandungen und der Durchmarsch durch Syrien gesichert sind im Falle eines Krieges mit der Türkei wegen Mosul.



Der russische Außenminister Tschitscherin ist von seinem Aufenthalt in Westeuropa über Berlin wieder nach Moskau zurückgekehrt ohne sein Ziel, die Verträge von Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zu vereiteln, erreicht zu haben.

Die deutsche Regierungskrise.

Hindenburg beweist größere politische Einsicht und Umsicht, als es den Deutschnationalen lieb ist. Er scheint das Zustandekommen der Großen Koalition fördern zu wollen. So muß man seine neuesten Besprechungen mit den Führern des Zentrums und der Demokraten deuten. Diese beiden Parteien sind die eifrigsten Befürworter der Großen Koalition, d. h. des Zusammenschlusses der Mittelparteien von den Sozialdemokraten links, bis zu den Volksparteilern rechts. Die Sozialdemokraten zögern immer noch. Doch gewinnen die Anhänger einer Beteiligung an der Regierung immer mehr Boden. So hat die Kasseler sozialdemokratische Partei nach einer Rede Scheidemanns die Beteiligung der Partei an der Reichsregierung gefördert. Hindenburg drängt die Parteien zur Entscheidung. Er gibt ihnen eine bestimmte Frist; später werde er von sich aus handeln. Unter dem Namen „Notgemeinschaft“ haben sich jüngst die radikalen Deutschnationalen und Deutschvölkischen zu einer Gruppe zusammengeschlossen, die die Errichtung einer Diktatur fordert. Ihr gehören unter anderem an der Führer des deutschnationalen Verbandes, Justizrat Dr. Claf, Prinz Oskar von Preußen und der Führer der Völkischen, Graf Reventlow. Man weiß, daß diese Leute den greifen Feldmarschall längst aufgegeben haben; er ist ihnen zu mild und zu demokratisch gesinnt. Hoffen wir, daß die Diktatur sich in Deutschland erübrige. Sie wäre ohnehin nicht so leicht durchzuführen wie etwa in Italien. Eben macht sich ein Nachlassen der Wirtschaftskrise geltend. Es ist höchste Zeit dazu; denn die Not nahm schon erschreckende Formen an, verstärkt durch die Ueberschwemmungskatastrophen in den Rheinniederungen der letzten Tage.

Was Diktatur heißt, haben die Deutschen am eigenen Leibe erfahren können — die Deutschen in Südtirol

nämlich. Die fascistische Diktatur unterdrückt hier jede Regung des Deutschtums mit grausamer Härte. Die deutsche Sprache ist verpönt in der Schule und in der Verwaltung. Hunderte von Lehrern und Beamten verlieren ihre Stelle, weil sie nicht italienisch können, oder weil sie die deutsche Sprache nicht verleugnen wollen. Die Not der Stammesbrüder im Tirol macht in Deutschland einen großen Eindruck. Schon spricht man vom Bankrott Italiens durch die Deutschen als Reisende und Käufer. Es bilden sich Vereinigungen, die gegen die fascistische Ueberhebung protestieren und zum Widerstand aufrufen.

Wir Schweizer haben schon einige Male und neuerdings wieder einen Vorgeschnack von fascistischer Mentalität erhalten. Im Tessin äußert sich ein italienischer Journalist in der „Libera Stampa“ abfällig gegen das gegenwärtige Regime in seinem Vaterland, vielleicht in etwas zu deutlicher Sprache, was den Bundesrat veranlaßt, den Journalisten mit Ausweisungsdrohung zu verwarnen; dies trotz Pressefreiheit in der Schweiz und trotzdem das zulässige Maß der Kritik nicht überschritten war. Ein anderer Fall, der noch nicht erledigt ist: In Basel beschwerte sich der italienische Generalkonsul beim Regierungsrat gegen den Vorsteher des Polizeidepartementes. Dieser hatte in drei Fällen gegen den Wunsch und die Auffassung des Konsuls entschieden. Einmal hatte er einem italienischen Kommissar, der von italienischen Arbeitern wegen seiner fascistischen Kokarde angerempelt worden war, den verlangten Extra-Polizeischutz verweigert. Ein andermal hatte der italienische Vizekonsul vom Polizeidepartement die Unterdrückung eines Plakates verlangt, worauf der Circolo Filodrammatico Aurora Basilea eine Vorstellung „zugunsten der Opfer der fascistischen Revolution“ ansagte. Der Vizekonsul erklärte, es gebe keine „Opfer“ des Fascismus, der Ausdruck sei eine Beleidigung des italienischen Regimes. Auch hier wurde das Verlangen abgewiesen. Und der dritte Fall: Ein italienischer Restaurateur auf dem Klaraplatz hatte eine Reklamefahne mit dem Murillo-Bild von den Maccaroni-Essern ausgehängt. Deswegen wollte der Consul ihm und seiner Frau die Pässe entziehen; denn die Italiener von heute äßen die Maccaroni nicht mehr mit den Fingern, sondern mit der Gabel, das Bild sei eine Beleidigung der italienischen Nation. Die Polizei gab die Pässe nicht heraus. Der Generalkonsul wurde nach Rom zur Berichterstattung abgerufen. Hoffentlich kehrt er nicht wieder zurück.

Die Fürstenabfindung.

Als ein Zeichen dafür, daß der demokratische Geist in Deutschland doch schon ordentlich erstarbt ist, können die zahlreichen öffentlichen Protestversammlungen gegen die finanzielle Abfindung der Fürstenhäuser angesehen werden. Die Forderungen der abgesetzten Fürsten wuchsen nämlich in den letzten Wochen lawinenartig an. Nach dem preußischen traten das bairische, das württembergische und eine große Menge kleinerer und kleinster mitteldeutscher Fürstenhäuser mit ihren zum Teil recht unverhältnismäßigen Forderungen auf. Dies ausgerechnet in dem Momente, da das deutsche Arbeitervolk am Hungertuche nagt und Ueberschwemmungen große Teile des Landes bedrohen. Die Summen, die sie heraus verlangen, sind so groß, daß damit ein schöner Teil der deutschen Schulden gedeckt werden könnte. Die Stimmung weiter Kreise, nicht nur der sozialdemokratischen und kommunistischen, sondern auch des Zentrums und der Demokraten, ist so erbittert, daß ein Volksentscheid in diesem Momente jede Abfindung überhaupt ablehnen würde. Zunächst hat aber in dieser Angelegenheit noch der Reichstag das Wort, der zweifellos anders, für die Fürsten günstiger entscheiden wird. Zu einem Volksentscheid wären vier Millionen Unterschriften und 20 Millionen Stimmen nötig. Es wäre schade, wenn sich die Republikaner diese Gelegenheit zu einer wirkungsvollen Propaganda-Heerschau entgehen ließen. —

-ch-